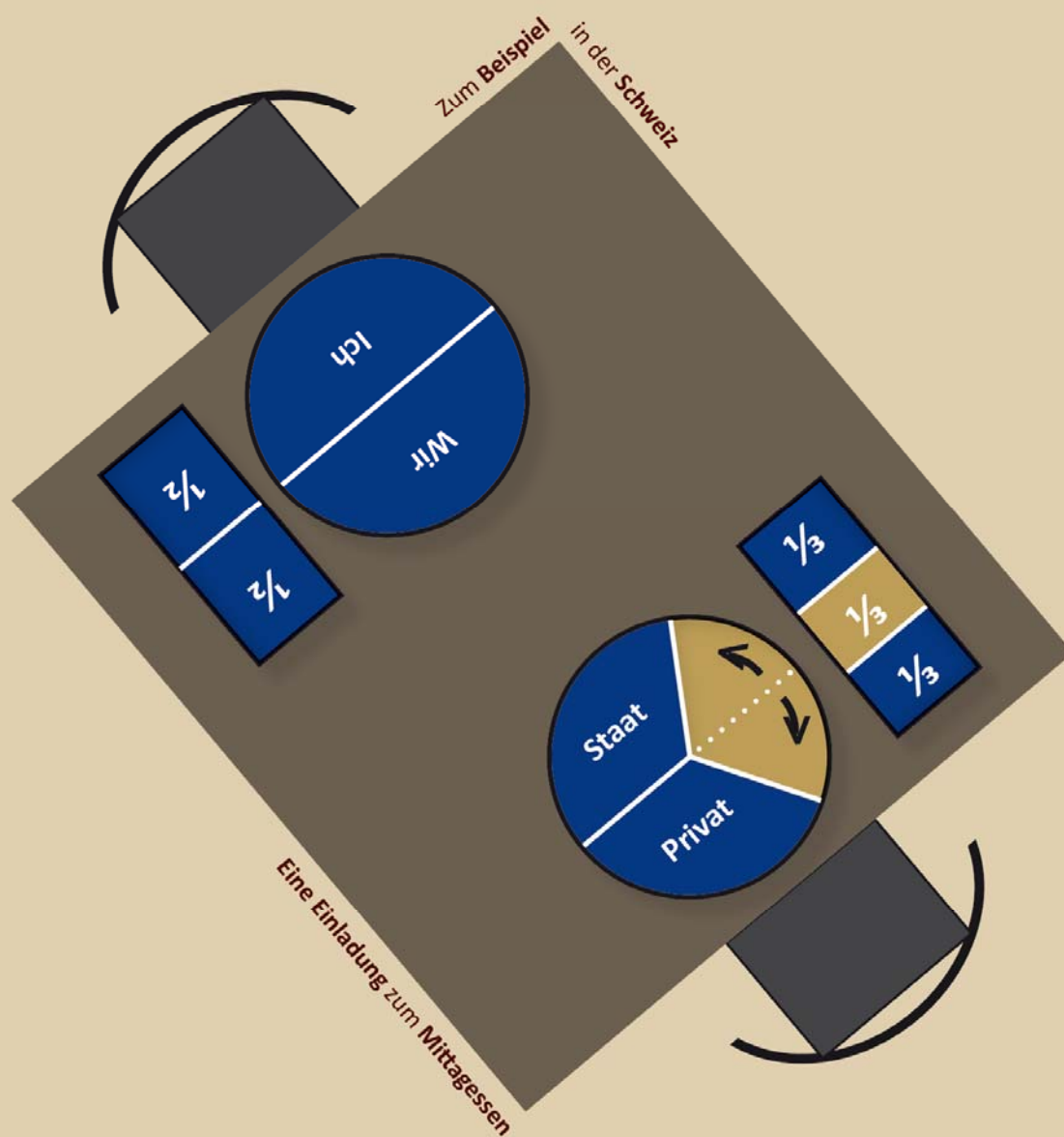


Die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens

Daniel Häni und Enno Schmidt



Apero

I	VORSPEISE	3
	Das Grundeinkommen ersetzt bestehende Einkommen	4
	Bei der Lehrerin	
	Beim Service im Kaffeehaus	
	Bei Ueli mit Familie und Jean	
	Wir rechnen das einmal durch	10
	A Sozialleistungen	
	B Erwerbseinkommen	
II	HAUPTGANG	13
	Die Steuerarten	
	Leistungssteuern und Sozialabgaben	
	Besitzsteuern	
	Verbrauchssteuern	
	Vor- und Nachteile der Mehrwertsteuer	
	Die Ausgabensteuer ist eine verschleierte Tatsache	20
III	DESSERT	23
	Die zweite Wertschöpfung	
	Das Dritte	
	Weiter Informationen Impressum	28

Apéro

Die Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens erscheint oft wie eine Wand, vor der sich alle weiteren Überlegungen stauen. Wenn so ein Grundeinkommen für alle finanziell nicht möglich ist, dann ist das Ganze doch wohl nur eine Utopie.

Gegen eine solche Haltung spricht, dass kein gesellschaftlicher Fortschritt zuerst nach Kostenplan zu beurteilen war, und dass die Bezahlbarkeit an sich kein Grund ist, etwas zu essen. Man muss auch Hunger haben. Und eine Vorstellung, dass es schmecken könnte. Sonst lässt man's lieber.

Geld ist nicht die Motivation für Entwicklungen. Innovation kann nicht als erstes die Frage nach ihrer Finanzierbarkeit sein. Das Neue hat immer einen Schritt ins Unbekannte. Den tut man allein. Ein Schritt in eine neue Vorstellung. Ohne den bleibt es beim Alten.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stellt Fragen und öffnet neue Türen der Gestaltbarkeit unseres Zusammenlebens und Arbeitens.

Und wie bei Vielem, gilt auch hier: Wer dagegen ist, findet Gründe. Wer dafür ist, findet Wege. Wer nur Recht haben will, erfindet Irrwege, ob im Dafür oder Dagegen. Das Folgende ist der Versuch, eine Orientierung zu geben in der Frage, ob und wie ein Grundeinkommen finanzierbar ist.

Basel im Januar 2010

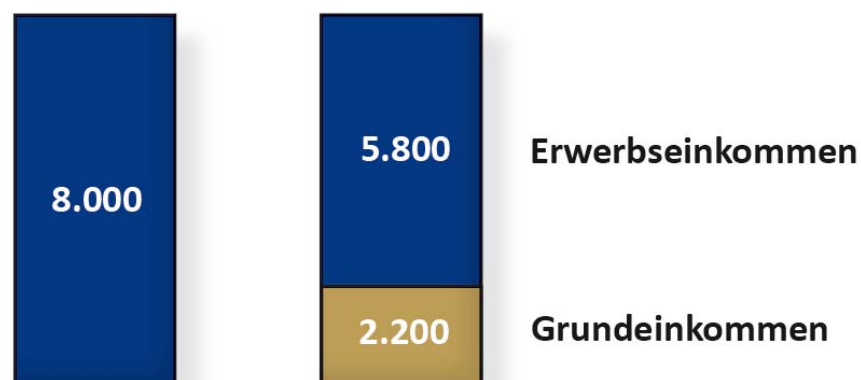
Daniel Häni und Enno Schmidt

I VORSPEISE

Das Grundeinkommen ersetzt bestehende Einkommen

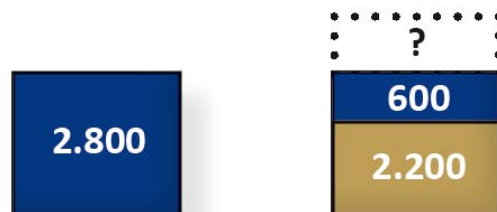
Das Grundeinkommen ist keine Geldvermehrung, sondern die Umwandlung des Anteils im Einkommen, den ein Mensch zum Leben braucht. Dieser Anteil wird bedingungslos und losgelöst von bestimmter Gegenleistung. Er ist nicht arbeitsbezogen, sondern auf die Person bezogen. Und bleibt das ein Leben lang. Ein Einkommen als rechtlich garantierter Anspruch auf Leben und Teilnahme an der Gesellschaft. Die Erwerbseinkommen bleiben, was sie sind, unterschiedlich und an die Arbeit gebunden. Das Grundeinkommen tritt in seiner Höhe in die bestehenden Einkommen ein als neue Art von Einkommen.

Ein Beispiel: Eine Lehrerin verdient heute 8000 Franken. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen von 2200 Franken würde sie noch 5800 Franken durch ihre Arbeit verdienen. Ihr Gesamteinkommen als Lehrerin wäre das Gleiche wie vorher, 8000 Franken. Es setzt sich nur neu zusammen. Das ist das Grundprinzip.



Wie aber sieht es aus, wenn das über dem Grundeinkommen verbleibende Erwerbseinkommen nur noch marginal ist? Zum Beispiel bei jemandem, der heute 2800 Franken verdient. Und wie sieht das aus in der Privatwirtschaft?

Im Einzelhandel und in der Gastronomie sind die Gehälter gering. Teilzeitkräfte sind gefragt, um in Stosszeiten flexibel reagieren zu können. Eine Angestellte im Service eines Kaffeehauses verdient bei einer 60% Stelle 2800 Franken. Wenn sie nun 2200 Franken als Grundeinkommen hat, wird sie dann für nur noch 600 Franken weiter arbeiten gehen?



Das Grundeinkommen schafft eine neue Verhandlungsbasis. Es führt zu einer Neuverhandlung der Erwerbseinkommen – vorallem in Niedriglohnbereich. Es schwächt nicht mehr der knurrende Magen. Mehr gleiche Augenhöhe. Vergleichsweise schlecht bezahlte Arbeit wird durch das Grundeinkommen aufgewertet. Denn dort wird der Arbeitgeber etwas mehr zahlen müssen als den Anteil, der vom Erwerbseinkommen noch über dem Grundeinkommen bleibt. Oft ist schlecht bezahlte Arbeit gesellschaftlich wertvoll und unentbehrlich. Oft ist sie anstrengend und verlangt viel. Oft wird sie nur beibehalten, weil man Menschen für so wenig Geld arbeiten lassen kann, dass Maschinen sich nicht rentieren. Wirtschaftlich wäre dann eher die Rationalisierung vernünftig. Und in Bezug auf die Menschenwürde ist sie geboten, wo menschliche Arbeit tatsächlich überflüssig wird. Es kommt etwas in Bewegung.

Mit einem Grundeinkommen können Menschen auch NEIN sagen zu einem Arbeitsangebot. Mit einem Grundeinkommen kann man auch etwas Eigenes anfangen. Man kann mehr aus sich tätig werden. So motivierte Mitarbeiter tun nicht nur sich gut, sondern auch ihrem sozialen Umfeld, ihren Kindern, den Kollegen und dem Unternehmen – und den Kunden.

Wie wirkt sich das auf die Preise aus?

Wo die Arbeitsverhältnisse stimmen, die Unternehmenskultur Freude macht und die Arbeit als die eigene und als sinnvoll erlebt wird, werden die Mitarbeitenden auch für weniger Geld dabei sein. Zumal, wenn sie mit dem Grundeinkommen unterm Strich dasselbe haben wie bisher. Wo Tunnelblick und Dirigismus die Atmosphäre im Unternehmen prägen und das Arbeitsergebnis nicht der eigenen Wertschätzung entspricht, wird der Arbeitgeber draufzahlen müssen. Solche Produkte und Dienstleistungen werden dann teurer.

Wo nur das Einkommen motiviert, steigen die Preise. Wo Sinn und Wert die Arbeit füllen, gerät das auch preislich zum Wettbewerbsvorteil.

Wo ein grosser Teil der Wertschöpfung durch menschliche Arbeit entsteht und also viele Löhne einen grossen Anteil im Preis des Produktes ausmachen, wirkt sich das Grundeinkommen stark auf die Preise aus. Sie sinken. Wo vor allem Maschinen die Wertschöpfung leisten, ist das weniger der Fall. Das Grundeinkommen verringert die Lohnkosten, weil es in die bestehenden Erwerbseinkommen wächst. Dadurch kommt nicht unbedingt mehr Geld in Umlauf. Nur wer heute weniger als die Höhe des Grundeinkommens hat oder knapp darüber, hat dann mehr. Das wäre gesellschaftlich und wirtschaftlich ohnehin sinnvoll. Finanzielle Armut wäre von Gestern. Die Kosten der heutigen Armut würden aufgewogen - und zur Investition.

Wie aber ist es bei denen, die keine Erwerbseinkommen haben? Kinder und Jugendliche in der Ausbildung. Menschen, die mit Kindern und Haushalt genug zu tun haben und dafür kein Gehalt erhalten?

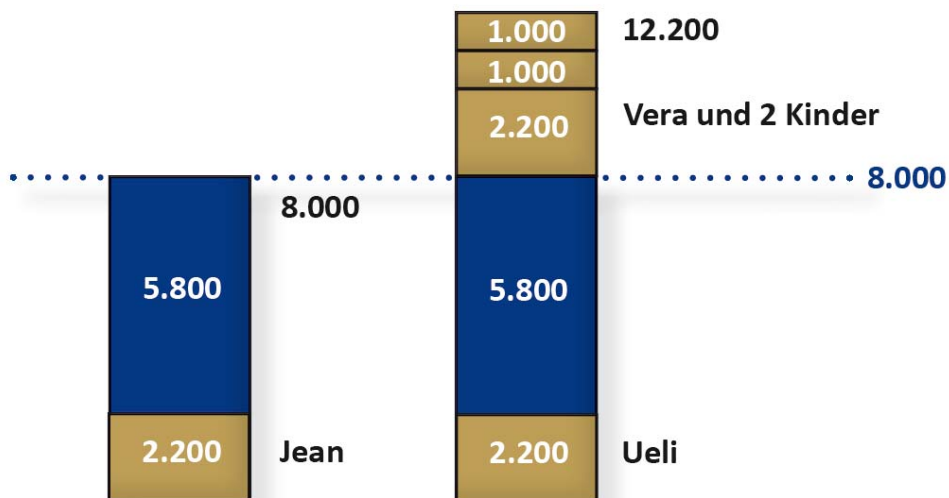
Ein Gehalt haben sie nicht, ihr Auskommen aber wohl. Von den Eltern, von der Partnerin oder dem Partner. Diese Einkommen durch die Angehörigen, die privat und im Haushalt weitergegeben werden, kann das Grundeinkommen nicht unmittelbar in seiner Höhe ersetzen.

Spielen wir das einmal konkret durch:

Ueli lebt mit seiner Frau Vera. Sie haben zwei Kinder.

Grundeinkommen 2 Erwachsene je 2200 CHF plus Grundeinkommen 2 Kinder je 1000 CHF = 6400 CHF im Monat.

Ueli arbeitet als Informatiker in einem Unternehmen. Vera ist zuhause bei den Kindern – auch viel Arbeit. Er verdient 8000 CHF im Monat. Genauso wie sein Kollege Jean, der alleinstehend ist. Mit dem Grundeinkommen setzt sich das Einkommen neu zusammen. Jean erhält von der Firma noch 5800 CHF. Mit dem Grundeinkommen von 2200 CHF hat er dann insgesamt das gleiche Einkommen wie vorher. Ueli erhält auch 5800 CHF von der Firma. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Mit dem Grundeinkommen für ihn, seine Frau und die Kinder hat die Familie nun aber 12.200 CHF zur Verfügung. Das sind 4200 CHF mehr als zuvor. Das Grundeinkommen der Angehörigen ist dann zusätzliches Geld.

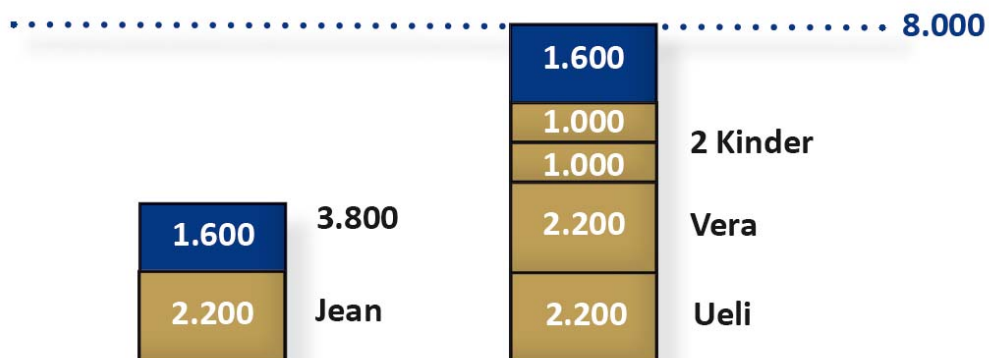


Summe der Einkommen wird grösser

Das wäre eine Möglichkeit. Es könnte aber auch anders kommen.

Ueli und Jean gefällt es in der Firma nicht mehr. Beide wollen lieber in einer anderen arbeiten und bewerben sich auf eine Stelle. Ueli überlegt sich, dass er sogar für ein Gehalt von 1600 CHF dort arbeiten könnte. Denn durch das Grundeinkommen hätten er und seine Familie dann das gleiche wie zuvor, als er 8000 CHF verdiente. Um den Job zu kriegen, könnte er auch die Grundeinkommen seiner Angehörigen in die Lohnverhandlungen einbringen. Weil er eine Familie hat, hat er eine bessere Verhandlungsbasis als Jean, der alleine lebt. Vorher war es umgekehrt. Vorher konnte Jean flexibler sein in den Lohnverhandlungen, während Ueli unbedingt so viel brauchte, dass er seine Familie ernähren kann.

Jean würde allerdings wohl kaum für ein Gehalt von nur 1600 CHF dort arbeiten. Er hätte dann nämlich mit dem Grundeinkommen nur noch 3800 CHF für sich zur Verfügung.



Summe der Einkommen wird kleiner

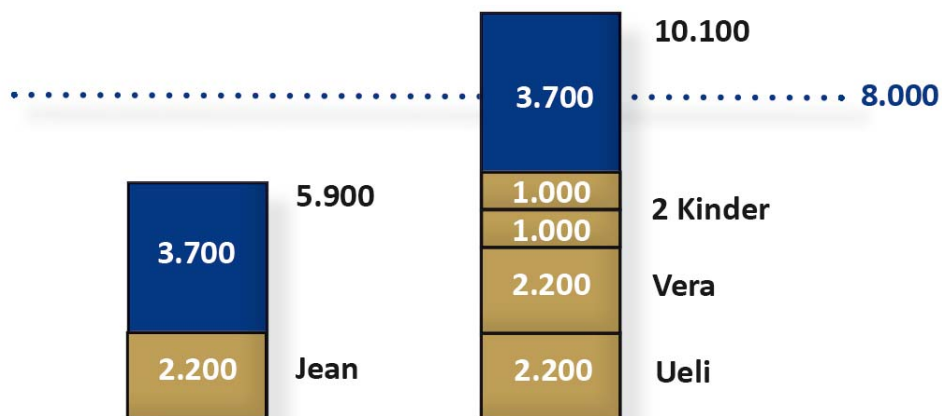
In diesem Fall wäre das gesamte Grundeinkommen der Angehörigen gleich doppelt ersetzend wirksam geworden. Nämlich einmal bei Ueli und noch mal bei Jean. Die in Umlauf kommende Geldmenge würde in diesem Extremfall um die Grundeinkommen der Angehörigen sinken. Und zwar auf Jeans Kosten. Der hätte unterm Strich die 4200 Franken weniger, die Uelis Frau und Kinder als Grundeinkommen erhalten – und das Gefühl, dass ihm jemand was vom Teller nimmt.

Etwas realitätsnaher könnte die Unternehmerperspektive sein.

Der Unternehmer hat bisher 16 Tausend Franken als Einkommen an Ueli und Jean zusammen ausbezahlt. Durch das Grundeinkommen, das beide bekommen, kann er die Kosten für Einkommen senken. Das muss er auch, weil die Grundeinkommen ja irgendwoher transferiert werden müssen. Aus einer Abgabe auf die Preise oder Löhne. Damit er trotz der Grundeinkommensabgaben die Preise halten kann, müssen die Grundeinkommen ersetzend wirken. Jean und Ueli mit seiner Familie erhalten zusammen 8.600 CHF Grundeinkommen. $16.000 - 8.600 = 7.400$ CHF.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: 7.400 geteilt durch $2 = 3.700$ CHF.

Ueli und Jean erhielten dann beide je 3.700 CHF als Erwerbseinkommen.



Summe der Einkommen bleibt gleich

Wie wäre es wohl wirklich?

Das Prinzip ist: mehr oder weniger werden auch die Grundeinkommen der Angehörigen ersetzend in die Erwerbseinkommen einwirken. – Wobei nicht ausser acht gelassen sein soll, dass das Grundeinkommen ein Pro Kopf Einkommen ist, bedingungslos und auf die eine Person bezogen, kein Haushalts oder Familieneinkommen. Es ist ein emanzipatorisches

Einkommen. Was ist, wenn Vera sich von ihrem Mann trennt und mit den Kindern allein lebt? Wenn Ueli seine Arbeit hinwirft und nur noch ehrenamtlich für NGO's tätig ist?

Geld, das für das Grundeinkommen ausgezahlt wird und nicht bestehende Geldflüsse in gleicher Höhe ersetzt, führt zu einer Vermehrung der Geldmenge und damit tendenziell zur Inflation. Der Wert des Geldes verringert sich in Proportion zu der gestiegenen Geldmenge – sofern die gestiegene Geldmenge in den Konsum geht, und sofern der gestiegenen Geldmenge nicht ein gestiegenes Angebot an Waren und Dienstleistungen gegenüber steht.

Darum ist die Frage: Steigert sich durch das Grundeinkommen das Angebot an Waren und Dienstleistungen? Steigert es die Produktivität? Obwohl es doch bedingungslos ist und an keine Arbeit bindet? Obwohl es keine Arbeit beauftragt, sondern nur mehr Initiative ermöglicht, mehr Eigenverantwortung und freiere Entscheidung?

Doch dazu mehr beim Dessert.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist in jedem Fall eine neue Art von Einkommen. Dass es in die bestehenden Einkommen wächst und sie in seiner Höhe ersetzt ist ein Grundsatz. Damit die Kaufkraft des Geldes erhalten bleibt.

Doch wie weit ist das möglich? Was bleibt an finanziellem Mehrbedarf dann doch offen? Und wie kann das stattfinden, dass ein Grundeinkommen bestehende Einkommen in seiner Höhe ersetzt? Wie kann die grosse Summe aller Grundeinkommen transferiert werden?

Wir rechnen das einmal durch

Angenommen, das Grundeinkommen betrüge für Kinder und Jugendliche 1.000 CHF, für Erwachsene 2.200 CHF.

Bevölkerung Schweiz: **7,6 Millionen** (6.1 Mio. über 19 Jahre / 1.5 Mio. unter 19 Jahren)
Grundeinkommen unter 19 Jahren 1.000 pro Monat = 12.000 p. a. mal 1,5 Mio. = 18 Mia.
Grundeinkommen über 19 Jahren 2.200 pro Monat = 26.400 p. a. mal 6,1 Mio. = 161 Mia.
Grundeinkommensvolumen gesamt p. a.: rund 180 Milliarden

Das sind 34 % des Bruttoinlandprodukts (BIP). Rund $\frac{1}{3}$ der gesamten Wertschöpfung in der Schweiz.

Es gibt zwei Bereiche, in denen das Grundeinkommen ganz oder teilweise ersetzend wirken würde. Das sind A die bestehenden Sozialleistungen und B alle Erwerbseinkommen.

A Sozialleistungen: Heute betragen die staatlichen Sozialleistungen insgesamt 133 Milliarden (Zahlen, Bundesamt für Statistik, 2007). Die obligatorische Krankenpflege- und Unfallversicherung und weitere staatliche Beiträge an das Gesundheitswesen würden durch das Grundeinkommen nicht ersetzt. Ebenso ist es bei der Beruflichen Vorsorge, dessen Obligatorium aber entfallen könnte. Alle bereits erworbenen Ansprüche blieben erhalten. So kommt nur etwas weniger als die Hälfte der staatlichen Sozialleistungen von 133 Milliarden für einen Austausch mit dem Grundeinkommen in Frage.

Für unsere Rechnung kommen folgende Sozialleistungen in Betracht: AHV, Sozialhilfe, Familienzulagen, Stipendien und teilweise: IV, Ergänzungsleistungen und Arbeitslosenzahlungen: Das sind rund 60 Milliarden CHF

Von diesen kann das Grundeinkommen 50 Milliarden CHF ersetzen.

180 – 50 = **130** Milliarden

B Erwerbseinkommen: Im Niedriglohnsektor und in der Teilzeitarbeit wird – wie wir gezeigt haben – das Grundeinkommen nicht in voller Höhe in die Erwerbseinkommen wachsen und ersetzen. Bei höheren Einkommen wird es hingegen mehr als die Höhe eines Grundeinkommens sein, weil die Grundeinkommen der Angehörigen dort Einfluss auf die Lohnverhandlungen nehmen können.

In der Schweiz haben rund 4.3 Million Personen ihr Einkommen direkt aus Erwerbsarbeit.

In welchem Umfang das Grundeinkommen ersetzend wirken kann, schauen wir uns differenziert nach der Höhe der Erwerbseinkommen an. (Zahlen 2. Quartal 2009)

1.3 Million Erwerbstätige mit einem Erwerbseinkommen unter 52'000.- p. a.

Grundeinkommen wirkt schätzungsweise durchschnittlich nur zur Hälfte ersetzend.

($\frac{1}{2}$ GE = 1.100 CHF)

1,3 Mio. Personen mal 13.200 CHF p. a. \approx 17 Milliarden p. a.

3 Millionen Erwerbstätige mit einem Erwerbseinkommen über 52'000.- p. a.

Grundeinkommen wirkt ganz ersetzend. (GE = 2.200 CHF)

3 Mio. Personen mal 26.400 CHF p. a. \approx 79 Milliarden p. a.

1.5 Million Kinder und Jugendliche

Grundeinkommen wirkt durchschnittlich mit $\frac{1}{2}$ GE Kinder = 500 CHF monatlich ersetzend.

1,5 Mio. Personen mal 3000 CHF p. a. = 9 Milliarden p. a.

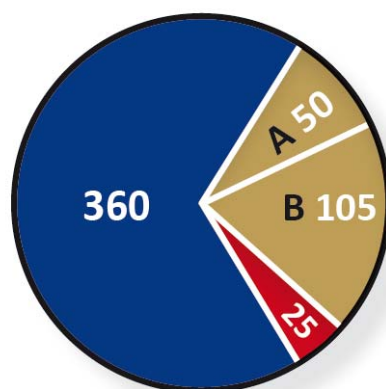
B zusammengezählt: 17 + 79 + 9 = 105 Milliarden wirken sich in Erwerbseinkommen ersetzend aus.

130 – 105 = 25 Milliarden



180 Milliarden Grundeinkommen

Demnach wären rund 25 Milliarden der gesamten Grundeinkommenssumme nicht ersetzend und ihre Finanzierung noch offen.



540 Milliarden Bruttoinlandprodukt

25 Milliarden sind rund 5 % des Bruttoinlandsprodukts. 15% des

Grundeinkommenvolumens. „Das ist machbar!“ sagte kürzlich ein befreudeter Ingenieur mit

dem wir das ganze durchgerechnet haben. Und was sagen sie? Nehmen Sie noch ein Stück Kuchen?

Bei allen Einkommen, die der Staat auszahlt für seine Angestellten, Beamten und Besoldeten, wäre das Grundeinkommen bei unmittelbarer Einführung nur eine Änderung auf dem Lohnblatt und in der Buchführung. Am Beispiel der Lehrerin haben wir gesehen, wie das Grundeinkommen nur eine Änderung in der Zusammensetzung des Einkommens ist. Das Geld für die Einkommen, die der Staat auszahlt, ist bereits durch die bestehenden Steuern beim Staat. Somit ist auch das Geld für die Grundeinkommen, die einen Teil dieser Einkommen ersetzen, bereits finanziert.

Das Geld für Subventionen, soziale Leistungen, Zuzahlungen ist ebenfalls bereits über die bestehenden Steuern beim Staat. So weit, wie das Grundeinkommen diese ersetzt, ist das Geld für diese Grundeinkommen ebenfalls bereits transferiert.

Anders ist es bei den Grundeinkommen, die in die privatwirtschaftlichen Erwerbseinkommen hineinwachsen. Durch das Grundeinkommen sinken die Erwerbseinkommen. Es sinken die Kosten der Arbeit. Das wirkt sich auf die Preise aus. Sie sinken im Prinzip um die Grundeinkommen allerer, die an der Herstellung und Bereitstellung der Ware oder Dienstleistung mitgearbeitet haben. Hier kann nun eine Steuer erhoben werden, die dafür sorgt, dass die Geldmenge an den Staat fließt, die nötig ist, um die Grundeinkommen an all diejenigen auszusahlen, die ihr Einkommen in der Privatwirtschaft erhalten, und die zweitens dafür sorgt, dass im Schnitt die Preise gleich bleiben wie heute. Dass also der Wert des Geldes gleich bleibt. Sie sorgt auch dafür, dass die Einsparungen in den Kosten für die Arbeit durch das Grundeinkommen tatsächlich in die Preise weitergegeben werden. Denn wer das nicht tut, bei dem steigen die Preise durch die zusätzliche Steuer oder Abgabe für das Grundeinkommen.

Um was es geht bei der Finanzierung des Grundeinkommens, das wissen wir jetzt. Doch wie es geht, das ist der Hauptgang. Da kann man unter dem Gemüse wählen. Und das Filetstück, das ist im Teig. Es gibt was zu beissen. Welche Steuern kommen in Frage für den Transfer des Grundeinkommens?

II HAUPTGANG

Die Steuerarten

Was sie bewirken und was sie einbringen.

Grundsätzlich gibt es drei Arten von Steuern und Abgaben:

- die Besteuerung von Arbeit, von Einkommen und Gewinn aus bezahlter Leistung, sowie die Sozialabgaben in den Erwerbseinkommen
- die Besteuerung von Besitz. Das sind Steuern auf Vermögen, Kapitalgewinn, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Eigentumssteuern.
- die Besteuerung von Konsum. Das sind Umwelt-, Verkehrs- und Lenkungsabgaben, Verbrauchssteuern, Mehrwertsteuer.

Die Einkommenssteuer und Sozialabgaben

Mit dem Grundeinkommen sinken die zu steuernden Erwerbseinkommen. Ein Sinn des Grundeinkommens liegt darin, eine gesicherte Einkommensbasis für alle zu schaffen, weil die Erwerbsarbeit tendenziell nicht mehr alle mit Einkommen versorgt.

Würde das Grundeinkommen aus der Einkommenssteuer finanziert, so würde es auf den Ast setzen, den es doch entlasten und an dessen Stelle es in seiner Höhe treten soll. Aus der Einkommenssteuer würde es sich aus etwas speisen, was seiner Einsicht entgegenläuft. Es bliebe zudem das alte Bild der Sozialleistungen, dass nämlich die Leistungsfähigeren den Schwächeren helfen. Oder anders gesagt: dass die "Arbeitenden" die "Nichtstuer" finanzieren. Das Grundeinkommen aber ist keine Sozialleistung, kein Einkommen aus der Leistung der "Stärkeren" für die "Schwächeren". Es ist keine Wohltätigkeit, sondern Basis einer sich wandelnden und zukunftsfähigen Leistungsgesellschaft in einer global arbeitsteilig

wirtschaftenden Welt. Es ist ein Einkommen aus der gestiegenen Produktivität, an der alle ihren Anteil haben. Auch die Generationen vor uns mit ihrem Bemühen, ihrer Kreativität, Optimierung und: dass wir es besser haben sollen. Es ist eine Antwort auf den Erfolg und die neue Situation, dass an dem, woran über Jahrtausende Mangel herrschte, heute kein Mangel mehr besteht. Dafür aber zunehmend an anderen Dingen.

Mit der Einkommenssteuer wird die Vorstellung aufrecht erhalten, dass ich für mich arbeite. Weil ich durch Arbeit mein Einkommen beziehe. Tatsächlich aber ist Arbeit heute immer Arbeit für andere. Eine Tätigkeit also, die immer auf das Wohl des anderen zielt. Auch das ist ein Sinn des bedingungslosen Grundeinkommens, den falschen Schleier des Eigennutzes von der Arbeit zu ziehen. Es geht um mehr Sachlichkeit. Sachlich gesehen ist Arbeit heute tätige Nächstenliebe. In der Auffassung von Arbeit sind wir weit hinter dieser gelebten Realität zurück. Die Einkommenssteuer hält an diesem Vergangenen fest.

Nahe liegt auch, die Finanzierung des Grundeinkommens mit einem Ausgleich zwischen Arm und Reich zu verbinden. Die hohen Einkommen sollen viel stärker besteuert werden, damit die Grundeinkommen für die Ärmeren ausgezahlt werden können. So ähnlich dachte es schon Milton Friedmann in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts. In einer Zeit, als Vollbeschäftigung und materielles Wachstum des industriellen Wirtschaftsbooms auf Hochtouren liefen. Höhere Einkommenssteuern standen im Zusammenhang mit der Erwartung von immer mehr und besser Verdienenden. Eine aus diesen Einnahmen ausgezahlte Einkommenssteuer, eine "negative Einkommensteuer" als Grundeinkommen an arme Haushalte, das war gedacht für die wenigen, die beim Aufstieg nicht mitkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen heute aber ist kein Trost für diejenigen, die beim Aufstieg nicht mitkommen, sondern es ermöglicht Arbeit. Man könnte es auch als eine Subvention menschlicher Arbeit verstehen – auch in der Erwerbsarbeit. Es schafft bessere Voraussetzungen auch für bezahlte Arbeit. Die Einkommenssteuer konterkariert dies. Sollte das Grundeinkommen durch höhere Einkommenssteuern bei den hohen Einkommen – wo sonst – abgeschöpft werden, müsste diese Besteuerung so drastisch sein, dass wenig bliebe vom hohen Einkommen. Eine "soziale Gerechtigkeit" des Grabenkrieges, Lagerdenken nah am Klassenkampf. Eine Utopie, die ihr Gegenteil bewirkt. Das Grundeinkommen ist nicht die Solidarität mit den "sozial schwächeren" und kein Habenwollen von den "Erfolgreichen".

Die Einkommenssteuer ist keine zukunftstragende Steuer und ungeeignet für den Transfer des Grundeinkommens. Sie für das Grundeinkommen zu erhöhen hiesse, an dem Ast zu sägen – an der Erwerbsarbeit – auf die man dabei setzen würde.

Doch Einkommens- und Ertragssteuern sind das Flaggschiff der verfassungsgemässen Leistungsbezogenheit der Steuer. Auch bei den Sozialabgaben ist sie der Grundsatz. Die Leitungsbezogenheit ist eine Errungenschaft gegenüber der Besteuerung nach Aufwandsdemonstration, nach blosser Grösse des Grundbesitzes, Anzahl der Fenster zur Strasse, Menge der erzeugten Güter und Ausmass der Ernte bis hin zum Hubraum des Automobils. Diese indirekte Steuer fragte nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Einzelnen, ob mit Gewinn oder Verlust der Aufwand demonstriert wird. Ein Fortschritt war, den kaufmännischen Erfolg zum Anknüpfungspunkt der Steuererhebung zu machen. Der Einzelne wird im Verhältnis zum Staat gesehen und wird in seiner Lage nach Erfolg oder Misserfolg gemessen. Daraus entwickelten sich die Ertragssteuer, Einkommens-, Gewerbe- und ergänzend die Vermögenssteuer als eine Ertragskontrollsteuer. Diese Besteuerung heisst direkt, weil sie auf die direkte Leistung des Einzelnen und einzelnen Unternehmens schaut.

Einst reflektierte man: aufwandsbezogen zu besteuern ist richtig. Dann: leistungsbezogen muss es sein. Gesellschaftliches Bewusstsein, das Selbstverständnis, Wirtschaft, Buchführung, das hatte sich geändert. Und nun? Automatisierung, globale Vernetzung, Paradigmenwechsel vom Mangel zur Überkapazität. Leistungsbezogenen Steuern wirken Leistung hemmend, wirklichkeits- und bedarfsverzerrend. Neue Sachlage, neue Fragen:

Wie wirkt Besteuerung auf wirtschaftliches Wachstum, auf Beschäftigung? Wieso sind "Wirtschaftssubjekte" vom steuerlichen Beitrag entlastet, wenn sie Verluste machen, obwohl sie doch unvermindert gesellschaftliche Ressourcen verbrauchen? Alte, eher untergehende Strukturen werden damit subventioniert. Und junge, kapitalbildende Initiativen werden mit voller Ertragssteuerlast gebremst? Kann es auch eine konsumbasierte Einkommenssteuer geben? Das Realeinkommen nämlich ist, was ich ausgeben. Das Realeinkommen ist der Übergang wirtschaftlicher Leistung in den Konsum. Das Realeinkommen ist mein Verbrauch der Leistung anderer.

Ist die leistungsbezogene Steuer überholt? Ja, am Ende ungerecht, schädlich gar? Muss sie auf den Leistungsverbrauch bezogen sein?

Steuern auf Besitz

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern machten in der Schweiz im Jahre 2006 insgesamt 0.9 Milliarden Franken aus. Dies waren 0,6 % des gesamten Steueraufkommens in der Schweiz. Der grosse Wert einer Erbschaft besteht oft nicht in liquiden Mitteln, sondern in Immobilien und Unternehmensanteilen. Das Geld für die Erbschaftssteuer ist beim Erben gar nicht

vorhanden. Es muss als Kredit aufgenommen oder das Erbe liquidiert werden. Beides geht zu Lasten derer, die die Immobilie nutzen oder das Unternehmen ausmachen: Mieter, Mitarbeiter, Zulieferer, Kunden. Zahlen muss diese Steuer letztlich der Konsument in den Preisen der Immobilie oder der Unternehmensprodukte, oder der Staat in Form von Sozialleistungen für entlassene Mitarbeiter. Das Erben an sich kann in Frage gestellt werden. Als Steuerquelle jedenfalls bringt es nicht viel.

Doch was ist mit der Vermögenssteuer? In Deutschland wurde sie abgeschafft, weil der Aufwand, sie einzutreiben, höher war als ihr Ertrag. In der Schweiz trägt sie mit 3.4 % zu den Staatseinnahmen bei. Immerhin. Der Steuersatz ist von Kanton zu Kanton verschieden und ab einer gewissen Höhe wird pauschal abgerechnet. Eine massgebliche Erhöhung der Vermögenssteuer behielte aber erstens den schon erwähnten Charakter einer zwangsvollstreckten Wohltätigkeit, das Volk blickt hoch zum Adel, zweitens würde sie eher zu Abwanderungen führen als zu höheren Steuereinnahmen. Kapital ist global und eine ganze Branche darauf spezialisiert, Reiche vor dem Fiskus arm aussehen zu lassen – koste es, was es wolle.

Bleibe noch die Steuer auf Kapitalgewinne. Die Verrechnungssteuer in der Schweiz beträgt 35 % auf Kapitalerträge, 15 % auf Leibrenten und Pensionen. Erwartete 3 Milliarden Franken trägt sie 2009 zum Staatshaushalt bei. Warum es nicht mehr ist, sagt schon der Name: Verrechnungssteuer. Werden mit den Kapitalerträgen die Vermögen und Einnahmen ordentlich angegeben und versteuert, aus denen die Kapitalerträge stammen, so wird die Verrechnungssteuer zurückerstattet. Sie ist vor allem eine Kontrollsteuer. Für höhere Erträge nicht ausbaubar.

Aber könnte man nicht eine Steuer auf Kapitalbewegungen erheben? Auf Aktienverkäufe, eine Art Tobin Steuer? Irgendwie muss doch das grosse Geld der Kapitalmärkte sich an der Finanzierung des Grundeinkommens beteiligen. Schliesslich ist vor allem dort, in den Spekulationsgeschäften, das zu viele Geld, das anderswo zu wenig ist.

In bescheidenem Masse könnte das gehen, solange die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz deutlich höher ist als die Bremswirkung einer solchen Steuer. London kann sich eine Finanzplatzabgabe aus den Geldgeschäften leisten. Nur eines ist das nicht: viel. Anderen Ortes, z. B. in den USA, ist solche Art Besteuerung bald wieder abgetaucht, weil die Geschäftsabwicklung ins Ausland wich. Greifen könnte eine Steuer auf Finanzbewegungen nur als weltweites Abkommen. Ein Blick auf die Klimakonferenzen zeigt, wie weit wir von globalen Lösungen entfernt sind. Und es stellt sich die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, das Finanzmarktgeschehen als tragenden Säule des Grundeinkommens zu verstehen? Wollen wir darauf setzen?

Steuern auf Verbrauch

Verbrauchssteuer auf Tabak und Alkohol, Verkehrs- und Umweltabgabe, Co² Abgabe, das sind Lenkungsabgaben. Sie sollen den Verbrauch von Ressourcen und die Erzeugung schädlicher Substanzen lenken, durch Verteuerung einschränken und beitragen zur Finanzierung von Massnahmen, die ihre schädliche Wirkung eindämmen oder reparieren. Es sind Steuern/Abgaben, die unmittelbar auf den Preis kommen.

Bei ihnen ist deutlich, dass der Konsument sie zahlt.

Dass der Konsument sie zahlt ist am deutlichsten bei der Mehrwertsteuer. Sie hat einen schlechten Ruf, weil sie als aufgesetzter Griff des Staates in die Taschen der Bürger gilt. Indirekte Steuer heisst sie, weil sie nicht leistungsbezogen ist. Bei ihr wird am deutlichsten, dass es sich nicht um einen sozialen Ausgleich handelt, nicht um eine soziale Gerechtigkeit mit Blick auf den Einzelnen, wie man das bei der progressiven Einkommenssteuer annimmt und bei den Steuern auf Besitz, sondern dass sie allein der Finanzierung staatlicher Aufgaben dient und die Wertschöpfung als arbeitsteiligen Prozess begreift. Sie wird erst am Ende der Wertschöpfungskette fällig, geht vorher als durchlaufender Posten mit, teilt erst beim Ergebnis in einen privaten und einen staatlichen Anteil. Der staatliche Anteil kann für soziale Aufgaben sein, die wir Bürger demokratisch in Auftrag geben. Die Mehrwertsteuer selbst enthält nichts in der Weise Soziales. Sie kann allerdings bei verschiedenen Waren und Dienstleistungen in unterschiedlicher Höhe erhoben werden. Luxusgüter zum Beispiel können eine hohe Mehrwertsteuer haben, Güter des täglichen Bedarfs und kulturelle Leistungen eine niedrige. Dann hat auch die Mehrwertsteuer eine Lenkungsfunktion.

Was spricht für die Mehrwertsteuer?

Dass sie einfach zu erheben ist. Mit dem Kaufvorgang ist sie bezahlt.

Dass sie transparent ist. Jeder sieht, wie viel Steuern er im Preis trägt.

Dass sie eine Steuer ist, die nicht 'weglaufen' kann. Sie wird gezahlt, wo gekauft wird.

Dass sie nicht Arbeit, Investitionspotential und Initiative besteuert, sondern Konsum.

Dass sie nicht nur eine von vielen Steuerarten ist, sondern die kommende Steuer.

In einigen Ländern macht sie bereits den grössten einheitlichen Steuerposten aus. Und auch in der Schweiz greift man auf sie zurück, z.B. aktuell für die fehlenden Finanzmittel der IV.

Oberflächlich betrachtet ist sie die Steuer, die einem einfällt, wenn einem nichts einfällt.

Dann erhöht man halt die Mehrwertsteuer. Genauer betrachtet ist sie die zukunftsfähigste Steuer und die der Globalisierung. Zukunftsfähig, weil perspektivisch nicht der Konsum

abnimmt und auch nicht die Produktivität, sondern die Steuer- und Sozialabgabepflichtigen Erwerbsarbeitsplätze. Zudem ist sie unabhängig vom demografischen Wandel. Sie entlastet menschliche Arbeit und bezieht die Produktivität der Maschinenarbeit in das Steueraufkommen mit ein. Der Käufer zahlt im Preis anteilig die Einkommen aller, die an der Wertschöpfung des Produktes beteiligt waren. Preise sind Einkommen. Alles Geld geht früher oder später in Einkommen. Mit der Mehrwertsteuer wird erst beim Kauf der Ware auch all das anteilig mitbezahlt, was an gemeinschaftlicher Leistung in die Ware mit eingeflossen ist: Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Rechte – staatliche Leistungen. Die Mehrwertsteuer besteuert den Verbrauch von Leistungen. Sie besteuert nicht das Erbringen von Leistungen. Wenn die Steuer dazu da ist, die von der Bevölkerung demokratisch bestimmten Aufgaben auch gemeinschaftlich zu bezahlen, ist die Mehrwertsteuer die einfachste und gerechteste Steuerart. Gerecht im Bezug auf soziale Unterschiede ist sie, weil mit ihr der mehr Steuern zahlt, der mehr Leistungen anderer für sich in Anspruch nimmt. Wer viel ausgibt, viel für sich verbraucht, zahlt viel Steuern. Und wer sein Geld spart und anlegt? Dessen Geld wird sehr schnell zu Krediten für Investitionen, womit es zu Einkommen anderer wird, die es ausgeben. Wer sein Geld nicht selbst ausgibt, dessen Geld geben andere aus. Und zahlen dabei die Ausgabensteuern. Die Steuer der Globalisierung, die faire Steuer für den fairen Handel ist sie, weil sie nicht in den Preisen mit über die Grenze geht. Es zahlen nicht Menschen im Ausland die Steuern mit, die im Inland beschlossen wurden und auch nur den Menschen im Inland zugute kommen. Es spült auch nicht eine ungleiche Konkurrenz Billigprodukte ins Land, die unter anderem deshalb so billig sind, weil in den Herkunftsländern kaum soziale Leistungen stattfinden, kaum Steuern im Preis sind. Auf diese Produkte käme die Mehrwertsteuer wie auf alles, was im Land verkauft wird.

Was sind die Nachteile der Mehrwertsteuer?

Sie ist eine reine Bundessteuer. Sie kann nicht in jeder Gemeinde und von Kanton zu Kanton verschieden in unterschiedlicher Höhe erhoben werden. Sie hat nicht den direkten, kommunal bürgernahen Bezug. Hat eine Gemeinde ausserordentliche Ausgaben geplant, z.B. den Bau einer neuen Mehrzweckhalle, so weiss jeder, der dafür stimmt, dass er mit seiner Gemeindesteuer zur Mehrzweckhalle beiträgt. Die Mehrwertsteuer aber ist nicht kommunal bestimmbar. Sollte sie bestehende Steuerarten ersetzen, müsste ein Verteilschlüssel für Kantone und Gemeinden gefunden werden, damit die kommunale Verwendung der Einnahmen bürgernahe bleiben kann und möglichst verwendungstransparent in der Selbstbestimmung des Soveräns liegt. Sonst widerspräche sie dem schweizerischen

Föderalismus. Der aber lebt nicht von der unterschiedlichen Erhebung der Steuer, sondern von der föderalen Verwendung. Das geht auch mit der Mehrwertsteuer.

Eine Mehrwertsteuer für das Grundeinkommen wäre sehr hoch. Schwarzarbeit gibt es mit ihr zwar nicht mehr, aber Schwarzverkäufe wären attraktiv. Wer auf einen Kaufvertrag, Rechnung und Quittungen verzichten kann, kann auch die Mehrwertsteuer umgehen und unter der Hand billiger anbieten.

Eine einzelne hohe Steuer macht das System anfällig, durch das der Staat sein Geld bekommt. Weil die Hinterziehung der einen Steuer gleich grosse Wirkung hat. Eine einzelne hohe Steuer ist allerdings auch leichter zu kontrollieren, als ein Dickicht vernetzter Paragraphen.

Und weil die Mehrwertsteuer mit der Wertschöpfung mitgeht, ist sie bei jeder Weitergabe des werdenden Produktes an eine nächste Firma schon bezahlt, so weit der Mehrwert zugenommen hat. Zahlen tut sie am Ende der Konsument. Was der Konsument zahlt, teilt sich dann auf zurück über alle Wertschöpfungsschritte zur Begleichung der Herstellungskosten auf jeder Stufe, wie auch der Steuer, der Mehrwertsteuer, die dort weitergegeben wurde. Wer in der Reihe der Wertschöpfung die Mehrwertsteuer nicht weiter gibt, sie unterschlägt, ist rechnerisch nichts anderes, als der Endverbraucher. Wenn beispielsweise der Handwerker seine Leistung ohne Mehrwertsteuer verkauft, ist er der Konsument aller Materialien und sonstigen Ausgaben, die er für seine Arbeit nötig hatte. Ausgaben, die sonst Betriebsausgaben gewesen wären. Dem Fiskus entgeht nur der Anteil an der Mehrwertsteuer, der durch seine Leistung hinzugekommen wäre, nicht etwa die gesamte Mehrwertsteuer, die der Kunde des Handwerkers gezahlt hätte. Der Handwerker wird zum Kunden, zum Endverbraucher. Der arbeitsteilige Vorsteuerabzug teilt die zu unterschlagende Summe für die Steuereinnahme in kleinere Anteile und macht es wenig lukrativ, die Mehrwertsteuer zu unterschlagen, wo man den Vorsteuerabzug geltend machen kann. Durch Unterschlagung der Mehrwertsteuer verkürzt sich für die Steuereinnahme die Reihe der Wertschöpfung. Aber ihr geht nicht der volle Mehrwertsteuerbetrag verloren.

Erst wenn der Handwerker die Mehrwertsteuer auf seinen Ausgaben für eine schwarz verkaufte Arbeit angibt in einer Rechnung für eine Leistung, auf die er selbst Mehrwertsteuer einnimmt, ist der Betrag der Mehrwertsteuer auf den Schwarzverkauf für den Fiskus ganz verloren. Das gleiche findet statt, wenn dem Handwerker die Arbeit nicht gelingt, es nichts wird mit dem Endprodukt, die Reihe der Wertschöpfung in dem Fall den Endverbraucher nicht erreicht. Kein Ergebnis, kein Erfolg, kein Konsument: keine Steuer.

Betrügen kann man auch durch Wechselgeschäfte, bei denen man den Vorsteuerabzug so in die Höhe treibt, dass man vom Fiskus mehr zurück erhält, als man an Mehrwertsteuer ausgegeben hat. Wie das funktioniert, verraten wir hier nicht. Doch das Finanzamt weiss es. Und all das ist überschaubar im Vergleich zu den Tricks bei anderen Steuern.

Das Entscheidende: Die Mehrwertsteuer beinhaltet ein Umdenken. Nämlich von der Einkommens- und Eigentumsbesteuerung zu einer Ausgabenbesteuerung. Es ist ein Umdenken vom Besteuern des Habens und Machens, des Potentials, hin zu der Besteuerung des Verbrauchs. Das Kaufen für den eigenen Verbrauch ist der Ort, wo der Egoismus sachlich berechtigt ist. Die Mehrwertsteuer ist auch ohne die Suche nach einer Finanzierung des Grundeinkommens interessant. Weil in ihr einige noch kaum entdeckte Vorteile liegen. An ihr kehrt sich die Frage nach einer Finanzierungsmöglichkeit für das Grundeinkommen sogar um. Denn lässt man sich auf ihre Vorteile ein, bemerkt man, dass ihr doch eines fehlt: der Steuerfreibetrag. Wer nur gerade genug Geld zum Leben hat, kann keine Steuern abgeben. Das ist logisch und gesellschaftlicher Konsens. Mit der Mehrwertsteuer zahlt aber jeder den gleichen Prozentsatz Steuern im Preis. Wo soll da der Steuerfreibetrag sein? Der kann nicht in die Mehrwertsteuer eingebaut sein, nicht in die Preise, der kann nicht bei der Migros an der Kasse ausgerechnet werden. Der kann nur vorher ausgezahlt werden. An jeden in gleicher Höhe. Eine im Voraus ausgezahlte Mehrwertsteuerrückvergütung in Höhe des Lebensnotwendigen. Ein ausgezahlter monatlicher Steuerfreibetrag: das Grundeinkommen. Klar auch, dass der dann bedingungslos ist.

Von der Mehrwertsteuer aus kommt man auf das Grundeinkommen. So ist die Idee des Grundeinkommens in diesem Jahrhundert geschichtlich neu aufgetreten. Aus der Mehrwertsteuer als einfachster, wettbewerbsneutralster, aufwandärmster, global fairer und ohnehin zunehmender Steuer – der aber ein Freibetrag fehlt.

Wir sind mitten im Hauptgang – mal eine Pause?

Denn jetzt kommt der dickste Happen. Es geht ans Eingemachte.

Die Ausgabensteuer ist eine verschleierte Tatsache

Und dennoch, die Mehrwertsteuer, eine Steuer, die einfach so auf die Preise aufgeschlagen wird? Erstens wird dann doch alles teurer, und zweitens ist es doch gerechter, wenn die viel zahlen, die viel einnehmen und viel haben? Da steckt doch das Geld, was über ist, das man

verteilen sollte? Das macht doch die Schere zwischen Reich und Arm aus, dass die einen zuviel und die anderen zu wenig haben. Deshalb: Unternehmen und Einkommen stärker als bisher und progressiv besteuern?

Das ist die Haltung, die seit langem verfolgt wird und das bewirkt, was wir haben. Die Schere zwischen Reich und Arm geht auseinander. Schauen wir uns einmal an, woher das Geld für die Steuern kommt, die auf Einkommen und Gewinn erhoben werden und mit denen die Sozialabgaben bezahlt werden. Woher kommt das Geld? Aus den Einnahmen des Unternehmens. Woher kommen die Einnahmen? Aus den Dienstleistungen oder Produkten des Unternehmens, wenn es sie verkauft. Wer kauft? Der Konsument. Der Konsument trägt die Steuern, die ein Unternehmen und seine Mitarbeiter zahlen. Steuern sind für ein Unternehmen Kosten. Genauso wie Waren von Zulieferern, Produktionsmittel, Energie. Alle Kosten müssen durch den Preis reinkommen. Und so werden sie in den Preis eingerechnet. Alles, was ein Unternehmen zahlt und was die Mitarbeiter zahlen, muss im Preis der Produkte enthalten sein. Das heisst, es muss vom Konsumenten getragen werden. Von dessen Ausgaben gibt das Unternehmen treuhändisch einen Teil an den Staat weiter. Einen Teil direkt in den Steuern, die das Unternehmen an den Staat abführt, einen Teil indirekt, den es den Mitarbeitern mit dem Einkommen auszahlt, damit diese davon auch etwas zum Staat beitragen können. Das Geld kommt von den Konsumenten. Die Steuern sind in den Preisen. Das Unternehmen reicht die Steuer nur aus der Konsumentenhand weiter an den Staat. Real wird die Steuer schon jetzt von den Ausgaben der Konsumenten getragen. Und real trägt schon jetzt jeder, der etwas kauft, in gleicher Weise zum Steueraufkommen bei. Ganz unabhängig davon, ob er oder sie reich ist oder arm. Auch der Bettler zahlt Steuern, wenn er sich vom erbettelten Geld etwas kauft. Auch er trägt zum Gemeinwohl bei. Nicht die Verkäuferin, die von seinem Geld ihre Einkommenssteuer zahlt. Weil die Steuer in den Preisen ist und sein muss. Wer das als Unternehmer vergisst, ist bald pleite. Real ist der Vorgang also heute schon so, wie er mit der Mehrwertsteuer klar und demokratisch gestaltbar würde. Und viel einfacher. Aber nicht nur einfacher, kostensparender, weniger anfällig für Abwanderung, Abschreibungsmodelle und unsinnige Investitionsentscheidungen aus steuerlichen Gründen, sondern es ermöglicht die Mehrwertsteuer auch einen anderen Blick auf die Arbeit.

Der Ertrag der Arbeit ist nur in der Selbstversorgung für mich. In unserer Gesellschaft ist der Ertrag der Arbeit das, was andere von meiner Arbeit haben – und zwar nicht der Chef, der das Geld einsammelt, sondern der Kunde. Da steht die Steuer. Die Steuer steht im Preis.

Schwer einzusehen ist das, weil es schwer ist, von der alten Vorstellung zu lassen, die Besserverdienenden trügen aus ihrem hohen Einkommen auch mehr zum Staate bei. Diese "Gerechtigkeit" findet nicht statt. Es wird nur so getan. Und wenn immer nur so getan wird, die tatsächlichen Vorgänge aber andere sind, läuft das ganze irgendwann aus dem Ruder. Alle Steuer samt Progression und Sozialabgabe sind versteckte Konsumentensteuern. Das ist das Nadelöhr zum Verstehen.

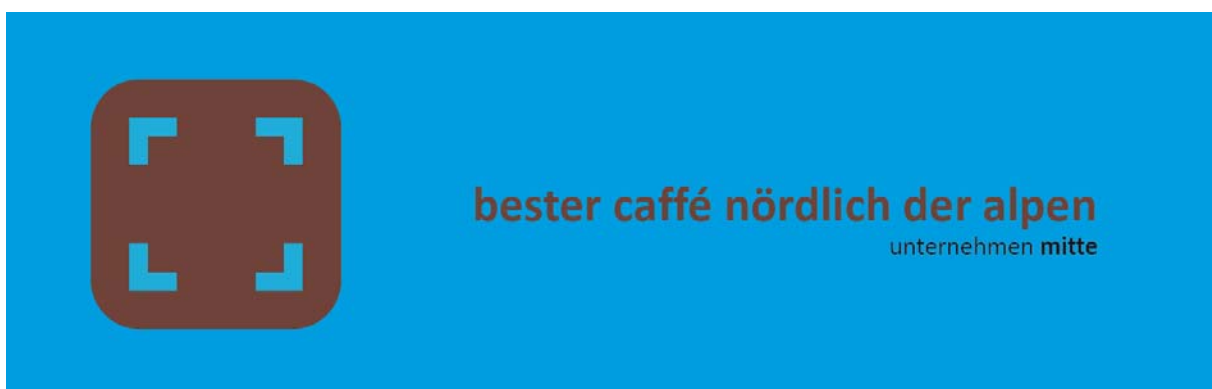
Die Ausgabensteuer ist keine Utopie, sondern eine heute nur verschleierte Tatsache.
Warum ist das so schwer zu sehen?

Weil die Welt in Ordnung scheint mit der Sentimentalität, starke Schultern trügen mehr. Sie tragen nicht mehr, sie geben nur mehr weiter. Progression ist recht. Die Leistungsstarken, Erfolgreichen, die tragen die Gesellschaft. So wird es dargestellt. Trost für die, die nicht dazugehören. Stolz für die, die besser sind. Doch was ist da besser? Die Kunden haben mehr gekauft oder teurer bezahlt, haben den 'Leistungsstarken' mehr Geld in die Hand gegeben, von dem die dann – abzüglich der Möglichkeit, einen Teil der Einnahmen für die Steuer unerreichbar unterzubringen – etwas mehr an den Staat weitergeben.

Mehr gekauft, teurer bezahlt, ginge mit einer Ausgabensteuer eins zu eins als Anteil im Preis an das Gemeinwohl. Kein Umweg über nostalgische Mächte. Die Mehrwertsteuer greift direkt und taucht gar nicht erst auf in der Betriebsbuchhaltung (Erfolgsrechnung). Sie ist kein Kostenfaktor. Sie ist ein Teilungsvorgang.

Erstmal verdauen? Oder gleich weiter zum Dessert?
Es stehen noch zwei Süßigkeiten bereit.

Werbung

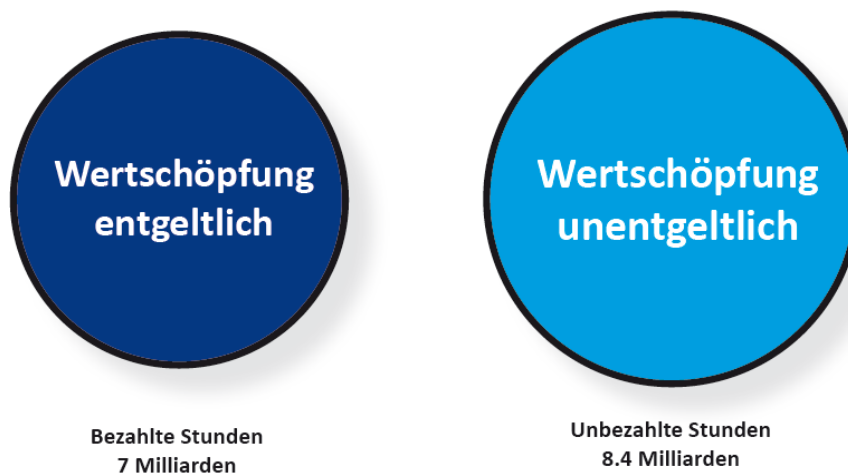


III DESSERT

Die zweite Wertschöpfung

Der Betrag des Grundeinkommens, der nicht ersetzend wirken kann, das ist mit dem bisher Aufgetischten noch nicht abgerundet. Gut 5 % des BIP, der Hunger ist nicht Gross. Aber die Lust vielleicht doch, hineinzuschmecken, was noch kommt.

Schauen wir mal, wie sich das Grundeinkommen auf die Wirtschaft auswirken kann. Wirtschaft ist nicht nur das, wo bezahlte Arbeit stattfindet und zu bezahlende Güter entstehen, sondern Wirtschaft umfasst alles, wo Menschen etwas für andere leisten.



Geleistet Arbeitsstunden in der Schweiz 2004

Unentgeltliche Arbeit, das sind ehrenamtliche Tätigkeiten, das ist bürgerschaftliches Engagement, Elternarbeit, Hausarbeit, die nicht nur mir, sondern auch anderen zugute kommt. Arbeiten, für die eine Bezahlung gar nicht das richtige Verhältnis ist. Kann man eine Mutter bezahlen dafür, dass sie sich um ihre Kinder kümmert? Das wäre wohl eher ein Schlag ins Gesicht. Aber ist das nicht überall so, wo Tätigkeit ein intimes eigenes Anliegen ist, eigene Arbeit also aus eigener Einsicht? Und sollte das nicht eigentlich für alle Arbeiten gelten? Ist Bezahlen dann überhaupt kein richtiges Verhältnis für Arbeit, sondern nur für

Waren, die man konsumieren will? Ja. Das richtige Verhältnis für Arbeit ist Ermöglichung. Die muss es geben. Weil man sonst nicht arbeiten kann. Ermöglichen heisst mit dem Grundeinkommen: individuell – bedingungslos.

Dass ein hohes Einkommen auch Motivation zur Arbeit sein kann, ist unbenommen. Das Grundeinkommen ist nicht Kommunismus. Durch Fleiss, Glück, Begabung, Qualifikation ist auch ein hoher Lebensstandart möglich. Viele wollen sich mehr leisten können als das Nötigste. Das Grundeinkommen ebnet das nicht ein. Es schafft mehr Chancen. Es schafft ein Gegengewicht zur einseitigen Verherrlichung des an die Verkäuflichkeit gebundenen Leitungsbegriffs. Diese Verkäuflichkeit war einstmals emanzipatorisch. Raus aus dem Standes- und Familienzwang und vererbter Arbeit. Doch die Emanzipation geht weiter. Das Grundeinkommen ermöglicht auch Arbeit, deren Wert noch keiner einsieht ausser einer, der sie machen will. Die erst mal gemacht sein muss, bevor ihr Wert sich auch anderen beweisen kann. So was nennt man: neue Arbeit.

Im Jahr 2004 wurden in der Schweiz 7 Milliarden Stunden entgeltliche Arbeit geleistet. 8.4 Milliarden unentgeltliche. Nicht mitgerechnet Beziehungsarbeit, andere wahrnehmen, Zeit für Menschen, geistige Arbeit, persönliche Fortbildung, Persönlichkeitsbildung. Tätigkeiten, die unserer Ansicht nach in den Fokus des Begriffes Arbeit rücken. Während die klassischen Arbeiten zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen nur noch zur Grundlage spezifisch menschlicher Arbeit dienen. Zumindest da, wo diese nicht durch die Kultur der Arbeit zur Kulturarbeit werden. Monokulturen übernehmen Automaten. Wo Arbeit nicht zur Kulturarbeit wird, wird alles zur Monokultur.

Mit dem Grundeinkommen würde die unentgeltliche Arbeit zunehmen. Arbeit sind Fragen, die vor 40 Jahren noch keine waren. Die entgeltliche Wertschöpfung, die heute als einzige für Wirtschaft gehalten wird, würde nicht abnehmen. Eher würde sie schneller modernisiert. Abnehmen würde die Missachtung. Zum Beispiel gegenüber Mitarbeitern. Abnehmen würden innere Kündigungen, die den Laden lähmen. Mehr Dynamik durch mehr Flexibilität, mehr Wettbewerb und mehr Kooperation durch mehr Ideenreichtum, Selbstvertrauen, mehr Angebote. Tiefer empfunden, besser gemacht.

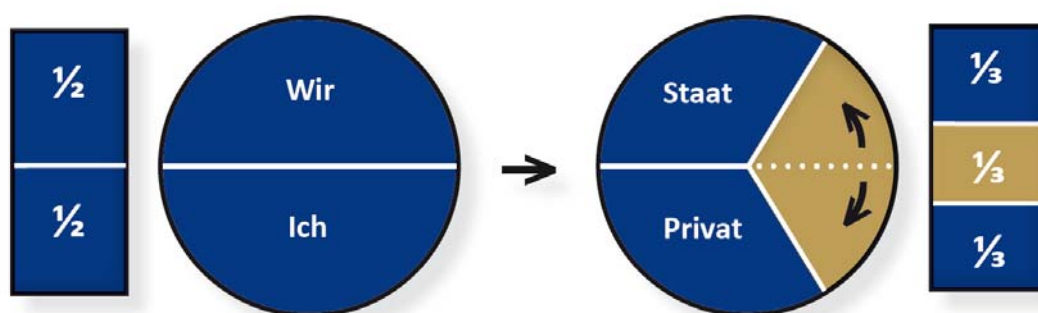
Vom Wohlstand zur Wohlfahrt. Nicht der gnädig ausgestreuten Wohlfahrt, sondern zu einer qualitativ dichteren und vielfältigeren Lebenszeit. Nicht immer mehr vom Gleichen, sondern vom Überraschenden, oft schon Überfälligen.

Es geht um die Ökologie in der Ökonomie. Eine Öko-nomie ohne Öko-logie frisst sich selber auf. Ein Grundeinkommen ist logisch. Es ist ökologisch, weil es die zukunftsnotwendigen Kräfte frei stellt, das, wovon Lösungen und Entwicklung ausgehen.

Entgeltliche Wertschöpfung basiert auf der unentgeltlichen. Sie erhält ihre Werte, Leben, Vertrauen und Neugier aus der unentgeltlichen. Und das eine wird zum anderen. Es wandelt sich auch das, wofür Menschen bereit sind, Geld auszugeben. Wer in der Arbeit tut, was er nicht will, konsumiert mehr das, was er nicht braucht. Der „sinnlose“ Konsum ist Kompensation für die „sinnlose“ Produktion. Man verkauft sich am Arbeitsplatz und kauft sich ein im Konsum. Sinnkrise ist das Produkt. Das wird nicht zum Kauf angeboten und kostet doch das meiste. Dafür zahlen wir alle.

Das Dritte

Ist Gesellschaft eine Ressource von Wirtschaft? Oder ist Wirtschaft nur ein Teilbereich von Gesellschaft? "Wir leben in einer Wirtschaftskultur; ansonsten leben wir in gar keiner Kultur." Sagte der Künstler Joseph Beuys. Woher kommt die Kultur? Staat und Wirtschaft – und dann Freizeit? Es ist alles so schön geregelt, eng. Es fehlen die Freiräume. Nicht Freizeit, Freiheit zur Tätigkeit. Heute kleben Staat und Privatwirtschaft, Wir und Ich, aneinander. Das Grundeinkommen öffnet den Raum für ein drittes Element. Ein neues Teilungsverhältnis.



Teilung der Wertschöpfung

Das Dritte ist die kulturelle Basis, bedingungslos für alle. Ein anderer Atem, anderes Auftreten, mehr Beweglichkeit, wirtschaftliche, kulturelle, politische Impulse. Das, was man aus der Ernte zurückbehält, um neu säen zu können.

Neben Privatwirtschaft und öffentlichen Aufgaben öffnet das Grundeinkommen den Persönlichkeitsraum. Initiative geht immer vom Einzelnen aus, nicht von Institutionen, nicht von Systemen oder Maschinen. Eine Einkommensbasis für das Unternehmen der eigenen Biografie. Die Basis für alles andere und in allem anderen.

Kapital kommt von caput, und caput heisst: das Haupt. Dass der Mensch das Kapital sei, dem gibt das Grundeinkommen Recht. Ein Bürgerrecht. Eine Basis der Persönlichkeitsrechte in der monetarisierten Welt. Da ist ein Recht auf Leben ein Recht auf Einkommen. Und sofern es sich um das Individuum handelt, muss es bedingungslos sein.

Liberaler und sozialer, wirtschaftlicher und demokratischer ist die Gesellschaft mit dem Grundeinkommen. Ein Keil in die Dekadenz. Leben und Erleben zusammen bringen. Das ist nicht gemütlich, aber weniger tragisch. Wege aus den aufgedrängten und verdrängten in die bewusste Krise? Das ist der Stoff für Kreativität. Und mehr Menschlichkeit.

Und noch mal die entscheidende Frage, ob das Grundeinkommen blosses Konsumgeld ist oder auch eine Investition? Ob es mehr Leistungsangebote hervorruft oder das Gegenteil? Ob mehr Freiheit auch mehr Effektivität bewirkt? Die Geschichtliche Erfahrung sagt: ja. Dass Überbürokratisierung und Bevormundung Leistung hemmt und zu Verschwendung führt, erleben wir.

Freie Berufswahl bedeutet freies Grundeinkommen. Ohne Abnahme der Verantwortung. Wie wirkt sich das auf die Gesundheit aus und auf deren Kosten, auf Lebensziele und Gewohnheiten, auf die Wahrnehmung des Anderen?

Ob ich bei dem einen Menschen mehr Qualität sehe und bei dem anderen weniger ist letztlich für ein Einkommen ganz egal. Das brauchen beide. Und neben meiner Sicht gibt es auch noch tausend andere. Ein Einkommen brauchen sie zum Leben, und mit dem Einkommen nehmen sie am Wirtschaftsgeschehen teil. Ob jemand dieses oder das arbeitet, kann nicht Voraussetzung für ein Einkommen sein, sondern ein Einkommen ist Voraussetzung für jede Arbeit. Und die Arbeit eine freie Entscheidung. Was denn sonst?

Es geht nicht um eine Zukunft, in der die Menschen nur noch mit Maschinen kommunizieren. Auch nicht um eine, in der sie nur noch maschinenhaft kommunizieren. Es geht nicht um eine Zukunft, in der jeder nur noch mit seinem Innenleben kommuniziert. Es geht nicht um Lebensflucht, nicht um die Kreativität auf der grünen Wiese.

Eine Zukunft ist nicht wünschenswert, in der Rationalisierung sich erschöpft in Einsparungen, in der ein industrielles Verständnis von Ökonomie sich aller Lebensbereiche bemächtigt. Das Grundeinkommen ist eine Frucht der Rationalisierung und gleichzeitig ihre Grenze. Denn es bezieht sich auf die Arbeit, die nicht besser ist, wenn sie weniger wird, sondern wenn sie mehr werden kann.

Eine Zunahme der unentgeltlichen Wertschöpfung geht über in die entgeltliche. Eine Zunahme der entgeltlichen Wertschöpfung ist auch eine Zunahme der Geldmenge – ohne Geldentwertung. Hier können die 5 % sein, die nach obiger grober Rechnung für die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens offen blieben. Doch sie können auch in vielem anderen sein. Denn viele weitere Aspekte und Zusammenhänge spielen in der Finanzierung eines Grundeinkommens mit, auf die hier nicht eingegangen wurde. Viele ergeben sich erst im Zuge seiner Einführung.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist für die Gesellschaft wie der Freiraum in einer Beziehung, der überhaupt erst die Verbindlichkeit ermöglicht.

Werbung

Anteil der Menschen, der versichert, auch mit einem bedingungslosen Grundeinkommen weiterhin arbeiten zu gehen, in Prozent: 90

Anteil der Menschen, der glaubt, andere würden durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aufhören zu arbeiten, in Prozent: 80

Weitaus mehr als nur Zahlen.

Weitere Informationen:

Film

Grundeinkommen – ein Kulturimpuls

Filmessay von Daniel Häni und Enno Schmidt (DVD 100min, 2008)

Online und als kostenloser Download bei:

www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen

Original DVD mit Heft zum Film

Schweiz: Kultkino Basel

www.kultkino.ch/shop

Deutschland: Institut für Kino- und Filmkultur

<http://versand.ikf-medien.de>

Bücher (Auswahl)

Benediktus Hardorp, Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte (Universitätsverlag Karlsruhe).

Götz W. Werner, Einkommen für Alle (Verlag Kiepenheuer & Witsch)

Web (Auswahl)

www.initiative-grundeinkommen.ch

www.grundeinkommen.tv

www.bien.ch

www.unternimm-die-zukunft.de

www.freiheit-statt-vollbeschaeftigung.de

www.grundeinkommen.de

www.basicincome.org

www.archiv-grundeinkommen.de

Facebook: Bedingungsloses Grundeinkommen

Kontakt:

Initiative Grundeinkommen

Daniel Häni und Enno Schmidt

unternehmen mitte

Gerbergasse 30

CH – 4001 Basel

0041 61 263 36 63

info@initiative-grundeinkommen.ch